

Vermerk:

Die Alternative für Deutschland (AfD) nach ihrem Bundesparteitag

Umgang mit der AfD/Sprachregelung:

- Zur differenzierten Bewertung der AfD s.u.¹
- Generell sollte die AfD nicht aufgewertet werden mit aktiven Stellungnahmen oder umfangreichen eigenen öffentlichen Analysen. Solange die Medien die AfD zum Problem von Merkel und Schwarz-Gelb erklären, braucht es keine Aktivität der SPD.
- **Schwarz-Gelb hat neben dem demoskopischen grundsätzlich ein inhaltlich-strategisches Problem.** Verschärft sich die Euro-Krise, verschärft sich automatisch innenpolitisch das AfD-Problem. Und ganz allgemein stimuliert die beabsichtigte Wahlkampf-Schwerpunktsetzung auf die Krisenpolitik der Kanzlerin in Europa die Aufmerksamkeit für die AfD und deren Protestmotive. Schwarz-Gelb erzeugt mit der geplanten Strategie notwendigerweise zugleich Protest und Abspaltung im eigenen Lager.
- Aber auch die SPD hat reaktiv die Aufgabe, in der Europa- und Euro-Krisenpolitik eine Verdeutlichung und Popularisierung ihrer Position vorzunehmen bzw. diese zu vermitteln.

Vorschlag Kommunikation:

- Die AfD ist eine populistische Abspaltung von CDU und FDP, sie beweist die politischen Erosionstendenzen bei Schwarz-Gelb. Der halbe Bundesvorstand der AfD besteht aus Ex-CDU-Mitgliedern. Nationalkonservative und marktradikale Kräfte wenden sich ab von Union und FDP.
- Zugleich wird das völlige Versagen der Bundeskanzlerin, des Finanzministers und des Wirtschaftsministers dokumentiert, die Politik der Währungs- und Bankenstabilisierung angemessen in der Bevölkerung zu vermitteln. Das hat auch der Bundespräsident zu Recht kritisiert.
- In der Europa- und Europapolitik herrscht Chaos durch Konzeptionsschwäche und massive handwerkliche Fehler. Vertagen, Zögern und Aussitzen haben die Probleme und Risiken zum Teil deutlich verschärft. Die Regierung verschweigt die Risiken und täuscht die Bevölkerung. Zugleich schadet sie dem Ansehen Deutschlands in Europa. Die AfD versucht, aus diesem Versagen einen Vorteil zu ziehen und trägt selber zum politischen Chaos bei.
- Die populistische Professorenpartei hat keinerlei praktische Kompetenz. Sie steht für frustrierte Wutbürger, die ihren Besitzstand gefährdet sehen.
- Die AfD bedeutet erklärtermaßen das Ende von Merkels Kanzlerschaft.² Die AfD zementiert den strukturellen Verlust der Mehrheitsfähigkeit von Schwarz-Gelb.

¹ Vgl. auch Fakten und Details (zu Personen) im Vermerk zur AfD vom 20.3.2013

² „Wenn wir in den Bundestag kommen - und die Chancen dafür sind sehr groß -, dann ist Angela Merkel Geschichte“, sagte Prof. Joachim Starbatty der Nachrichtenagentur dpa (16.4.). Die AfD werde im Wahlkampf nicht zuletzt den Regierungsparteien CDU/CSU und FDP Stimmen abjagen, so dass die schwarz-gelbe Koalition keine Mehrheit mehr habe. „Dann wird

- Die SPD steht für einen klaren Kurs in Deutschland und Europa. Sie hat keinen Grund, sich wegen der AfD Sorgen zu machen. Die AfD steht mit ihrem Kurs frontal gegen die ökonomischen und sozialen Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer genauso wie der Unternehmen in Deutschland.

Folgewirkungen der AfD für die bundesdeutsche Politik:

- Die Europroblematik nimmt generell einen höheren Stellenwert im Wahlkampf ein. Der Begründungs- und Vermittlungsdruck auf Regierung und Opposition ist deutlich angewachsen.
- Die Möglichkeit eines Acht-Parteien-Parlamentes ist theoretisch denkbar, mindestens jedoch gibt es nun eine Acht-Parteien-Konkurrenz zur Bundestagswahl (CDU, CSU, FDP, SPD, Grüne, Linke, Piraten, AfD). Dass zwei in unterschiedlichem Maße populistische Parteien (Piraten und AfD) zugleich in den Bundestag gelangen, erscheint jedoch äußerst unwahrscheinlich.
- Die Möglichkeit, mit einer Zwei-Parteien-Konstellation eine parlamentarische Mehrheit zu erzielen, ist stark von der 5%-Hürden-Frage abhängig (und kann sowohl erleichtert als auch massiv erschwert sein), eine Wählerstimmenmehrheit jedenfalls wird unwahrscheinlicher.
- Die AfD kann als prinzipiell koalitionsunfähig gelten. Die Abwehrstrategie von Schwarz-Gelb wird sicher auch Annäherungsversuche zeigen – eine wahlkampfstrategische Aufgabe und Chance für Rot-Grün, dies intensiv zu thematisieren. Freilich ist der Flexibilitätspolitiklerin Merkel und der Union auch eine überraschende Wendung in der Euro-Politik mit einer symbolischen Annäherung an die Kritiker zuzutrauen, wenn die pure Machterhaltung dies verlangen sollte. Auch auf diese Option sollte man vorbereitet sein.
- Die Konflikte in CDU/CSU (Bosbach, Schlarman, Gauweiler) und FDP (Schäffler-Lager) zur Euro-Krisenpolitik nehmen erneut zu und sind geeignet für Attacken durch SPD und Grüne.
- Insbesondere die kleinen Parteien haben ein erhebliches neues Zusatzproblem mit der AfD. Besonders die ums parlamentarische Überleben kämpfende FDP, sodann die Piraten, denen damit entscheidend „populistisches Wasser“ abgegraben wird, und schließlich die Linke, deren Wählerschaft die höchsten Sympathiewerte für die AfD hegt und deren inhaltliche Position zum Euro Übereinstimmungen mit den Argumentationen der AfD aufweist (z.B. Frage der unmöglichen Abwertung innerhalb des Euro).
- Für die Freien Wähler bedeutet die AfD das Ende aller bundespolitischen Chancen. Übertritte aus FW-Landesverbänden zur AfD und der Wechsel des Spitzenkandidaten und Adenauer-Enkels Wehrhahn zurück zur CDU zeigen die Agonie der FW auf Bundesebene.
- Noch nicht entschieden ist, ob die AfD in Bayern und Hessen zur Landtagswahl antritt. Auf dem Bundesparteitag wurde jede Aussage dazu vermieden. Offensichtlich sind die Verhandlungen mit FW-Chef Aiwanger gescheitert. Er selbst deutete dies auf einer Buchpräsentation in Berlin in der Woche vor dem AfD-Parteitag an.

Angela Merkel nicht mehr die Galionsfigur sein, und dann wird die CDU ihren Kurs überdenken“, sagte der Tübinger Wirtschaftswissenschaftler. Starbatty ist Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der AfD und berät die Parteiführung.

- Sollte die AfD antreten, hätte dies in Bayern negative Auswirkungen für die Strategie der SPD, in Hessen negative Auswirkungen für Schwarz-Gelb.

Zur politischen Aufstellung der AfD:

Die AfD ist sehr ernst zu nehmen - aus mehreren Gründen:

- Seit langem existiert ein stabiles und relevantes **Potential für eine „populistische“ Partei in Deutschland**, das aus überwiegend drei Gründen nicht dauerhaft ausgefüllt werden konnte: Erstens, aus historischen Gründen, weil rechtspopulistische Initiativen mit dem Nazi- bzw. Rechtsradikalismus-Tabu der bundesrepublikanischen politischen Kultur zu kämpfen hatten, zweitens, weil es an charismatischen und kompetenten Führungspersonen fehlte, schließlich, weil die Themenbreite der Gründungsversuche nicht nachhaltig oder ausreichend war.
- Die AfD entwickelt derzeit einen **„Populismus 2.0“³**, der diese Probleme teilweise lösen könnte: Die AfD grenzt sich offensiver nach „Rechts“ ab, die Führung verzichtet bislang auf eine übermäßig aggressiv-emotionale Rhetorik, sie verwendet den Nimbus der professoralen Kompetenz (Gegen-Expertentum), der vorläufig eine begrenzte Glaubwürdigkeitszuschreibung und sektorale Lösungskompetenz ermöglicht.
- Die sicher zu erwartende **mittelfristige Entzauberung der AfD** und die dann auftretende Enttäuschung der Anhänger über das Versagen der Partei wird noch „Erfahrungszeit“ der Wahlbevölkerung benötigen. Nimmt man die Aufstiegsgeschichte der Piraten als Parallele, ist zu befürchten, dass diese „Entzauberung“ erst nach der Bundestagswahl erfolgt.
- Die Partei wird **straff** von einem **kleinen Machtzirkel um Bernd Lucke** sowie Konrad Adam, Frauke Petry und Alexander Gauland **geführt** (s.u.), was die Gefährdung durch chaotische Meinungsvielfalt oder extremistische Abweichungen reduziert (aber nicht verhindert). Die programmatische Beschränkung, die Lucke auf dem Parteitag offensiv vertreten und auch gegen Widerstände durchgesetzt hat, dient auch dieser „Gefahrenabwehr“.
- Das **Programm** ist zwar bescheiden jedoch keineswegs eine Ein-Punkte-Veranstaltung: Neben der Eurofrage thematisiert die AfD die Demokratiefrage (Volksabstimmungen usw.), die spätestens nach Stuttgart 21 eine eigenständig mobilisierende Positionierung ist, die Steuerpolitik (Kirchhof-Vorschlag) die Energiepreisfrage, die Einwanderungspolitik und die Stabilität der Rente, um einen neu hinzugekommenen Aspekt zu nennen
- Neuere **Umfragen** (INSA-Trend/BILD 16.4.) zeigen bereits einen Gleichstand in der Sonntagsfrage von AfD und Piraten bei 3 Prozent. Es ist anzunehmen, dass die mediale Aufmerksamkeit und der Schwung der Parteiformierung weitere messbare Bewegung erzeugt. Eine genauere Analyse der Wähler-Segmente, die von der AfD erreicht werden können, steht demoskopisch noch aus.

Vorliegende **Potentialaussagen⁴** alleine sind noch zu wenig aussagekräftig.

³ Siehe unten „Hintergrund: AfD und Populismus 2.0“

⁴ Siehe unten „Demoskopie und AfD“

Das demoskopische Problem dürfte für Schwarz-Gelb größer sein als für Rot-Grün. Zumindest sind die strategischen Probleme der beiden Lager asymmetrisch. Schwarz-Gelb verliert Mobilisierte, die SPD hat zusätzliche Mobilisierungslasten.

Die letzten Wahlen wurden und die künftigen werden knapp entschieden. Das Handelsblatt (16.4.) kommentiert zutreffend: „*Da ist jeder gefrustete Mittelschichts-Unionswähler, dem die arrogante Art Berliner Euro-Retter auf die Nerven geht, die jede kritische Nachfrage entweder als Dummheit oder als anti-europäische Häresie abtun, einer zu viel.*“

- Die **Mitgliederzahlen der AfD** wachsen sprunghaft und dürften aktuell bald bei über 8000 Mitgliedern liegen. Der stärkste Landesverband ist Bayern mit über 1200 Mitgliedern, gefolgt von Hessen mit über 1000 Mitgliedern (wobei Hessen noch vor der formalen Konstituierung steht). NRW dürfte in ähnlicher Größenordnung liegen, Zahlen sind noch nicht bekannt.
- Die **Mitglieder** rekrutieren sich einerseits aus enttäuschten „Ehemaligen“ der anderen Parteien (bislang zu etwa einem Fünftel): Nach Angaben der Ex-Sprecherin Dagmar Metzger seien davon etwa 630 von der CDU, knapp 390 von der FDP, knapp 360 von der SPD, knapp 140 von der CSU, gut 90 von den Piraten und knapp 70 von den Grünen gekommen. Zum anderen kommen zahlreiche politisch interessierte „Anti-Politiker“ aus Kreisen des unternehmerischen Mittelstands, der Freien Berufe, der Akademiker (Ökonomen), der Finanzbranche, der Verwaltung und aus Medien und Agenturen hinzu. Dazu die üblichen Querulanten und im Zuge des Erfolges vermehrt „Karriere-Willige“.
- Direkte **Partei-Übertritte** (mit vereinzelt Mandaten auf regionaler Ebene) gab es verschiedentlich aus CDU, FDP und Freien Wählern. Weitere spektakuläre Fälle sind möglich, obwohl die Euro-Rettungskritiker in Union und FDP zum inhaltlichen Kampf in ihren Parteien aufrufen. Direkt-Übertritte von politisch aktiven Sozialdemokraten sind bislang nicht bekannt.
- Durch die Verpflichtung, die Beiträge überwiegend komplett im Voraus zu entrichten (außer bei höheren Beiträgen, die per Abbuchung auch z.B. quartalsweise gezahlt werden können) bleibt die Partei finanziell operativ handlungsfähig (Unterschied zu Piraten mit ihren säumigen Beitragszahlern). Der Schatzmeister Dr. Stenzel nannte ein **Barvermögen** von 300.000 Euro in der Kasse, 53.000 Euro wurden zuvor bereits ausgegeben (keinerlei Personalkosten bis dato)
- Schließlich: Die unisono aktuell vorgetragene und inhaltlich ähnliche Kritik aller anderen konkurrierenden Parteien an der AfD wird die Motivation der Mitglieder und Sympathisanten - typisch für populistische Bewegungen - eher verstärken, wird sie doch als Bestätigung der Verkommenheit der Etablierten und der „Systempresse“ interpretiert.

Mitglieder des Bundesvorstands der Alternative für Deutschland (AfD)

Sprecher (989 abgegebene, gültige Stimmen):

- Prof. Dr. Bernd Lucke (953 = 96,4 Prozent)
- Dr. Frauke Petry (799 = 80,8 %)
- Dr. Konrad Adam (787 = 79,6 %)

Als **stellvertretende Sprecher** wurden gewählt (868 abgegebene gültige Stimmen):

- Dr. Alexander Gauland (440 Stimmen)
- Roland Klaus (276 Stimmen)

• Patricia Casale (267 Stimmen – zur satzungstechnischen Problematisierung der Stimmergebnisse und Wahlverfahren s.u.))

Als **Beisitzer** wurden gewählt (aus ca. 100 Kandidaturen):

- Prof. Dr. Dr. Irina Smirnova
- Beatrix Diefenbach
- Wolf-Joachim Schünemann

Als **Schatzmeister** wurde gewählt:

- Dr. Norbert Stenzel (wiedergewählt mit 57 % der abgegebenen Stimmen bei vier Gegenkandidaten)

Die Hälfte der Vorstandsmitglieder war früher in der CDU (Lucke, Adam, Gauland, Diefenbach und Stenzel), die anderen gehörten vorher keiner Partei an.

Unumstrittene Führungsfigur mit wachsender Verehrung durch das Parteivolk ist Bernd Lucke. Der konservativ-intellektuelle Stratege ist Konrad Adam, Ex-Staatskanzlei-Leiter Gauland dürfte mit Adam zusammen künftig insbesondere in Hessen wirken.

Frauke Petry als ehrgeizige, kompetente Unternehmerin aus Sachsen wird das weibliche Aushängeschild sein. Der wiedergewählte Schatzmeister Norbert Stenzel ist AfD-Gründungsmitglied der ersten Stunde und gehört damit auch zum engsten Vertrauenszirkel Luckes.

Roland Klaus ist freier Finanzjournalist und Internet-Unternehmer, er arbeitete u.a. für n-tv, N24 und CNBC.

Patricia Casale war vor ihrer Wahl praktisch im ehrenamtlichen Sekretariat der AfD tätig. Sie ist die einzige „einfache“ Figur im Vorstand, ohne akademischen Hintergrund.

Bizarr ist die Wahl der aus Russland stammenden Politikprofessorin (Uni St. Petersburg) Prof. Dr. Dr. Irina Smirnova, die sich als „Ausländerin“ präsentierte mit sozusagen „unverdächtigem Blick“ auf die deutschen Integrationsprobleme. Ihre Präsentations-PDF (mittlerweile von der Website gelöscht) strotzt vor reaktionären oder skurrilen Forderungen (u.a. Zwangsunterricht zur Integration, Kürzung des Krankengeldes – Krankenkasse zahlt nur 20 Prozent in der zweiten Woche, „*Sarazin hin oder her es besteht eine notwendigen Reformen zur Steigerung der Geburtenrate unter den gebildeten Bevölkerung zu stimulieren*“ (wörtliches Zitat).

Beatrix Diefenbach ist Berufsschullehrerin und Klein-Unternehmerin (Pferdeponenion).

Wolf-Joachim Schünemann ist der bayrische Landesvorsitzende der AfD und Geschäftsführender Gesellschafter eines Finanzdienstleisters.

Die ehemalige Sprecherin Dagmar Metzger könnte zukünftig Bundesgeschäftsführerin werden. Bis dato hat sie die Pressearbeit und Organisation der Parteitagsvorbereitung tragend gemanagt.

Der **Bundesparteitag der AfD** im Berliner Hotel Intercontinental hatte nach Vollversammlungsprinzip (durch Anmeldefrist reglementiert) in der Spitze 1480 anwesende Teilnehmer. Bernd Lucke erklärte, dass 400 weitere Interessenten abgewiesen werden mussten, weil sie zu spät angemeldet waren. Pressevertreter waren mehr als 100 anwesend plus diverse Kamerteams aller großen Sendeanstalten.

Der Frauenanteil der Anwesenden lag bei eher unter 10 Prozent. Die übergroße Mehrzahl der Männer (90 Prozent Anzug/Krawatte) war im Alterssegment 40 bis 65 angesiedelt. Der Akademiker-Anteil bei den ca. 150 Kandidaturen zum Vorstand lag bei mindestens zwei Dritteln, im Durchschnitt der Teilnehmer mutmaßlich etwas darunter.

Die Anwesenden zeichneten sich durch erhebliche Disziplin und Motivation aus, sie harrten in beengter Situation etwa 12 Stunden auf ihren Stuhlplätzen aus, ohne die Möglichkeit grö-

ßerer Bewegungsfreiheit oder längerer Pausen. Es herrschte eine Atmosphäre des Gründungsseifers, Medienvertreter wurden kritisch/distanziert beäugt bzw. beargwöhnt.

Zugleich bemühte man sich, keine schlechten Bilder zuzulassen (das Schwenken einer Deutschland-Fahne während Luckes Rede wurde niedergebuhrt und unmittelbar von Ordnern unterbunden. Einige Exemplare der „Jungen Freiheit“ lagen auf wenigen Plätzen, was aber lediglich daran lag, dass diese offenbar gezielt am Eingang verteilt worden waren. Eine NPD-Demo (15 Teilnehmer lt. FAZ) mit Gegendemonstration der „Antifa“ vor dem Hoteleingang hatte keine Auswirkungen auf die Veranstaltung.

Die „Programmdebatte“ der AfD:⁵

Die Debatte zum Wahlprogramm auf dem Parteitag war aufschlussreich, obwohl sie keinerlei Änderungen oder Nuancierung der Programmatik zur Folge hatte, weil sie erst nach bereits erfolgter Abstimmung stattfand und gefährliche Spontanänderungswünsche am vorher festgelegten 75%-Quorum scheitern ließ. Konkret geschah dies z.B. mit dem Antrag, sich gegen die Privatisierung der Wasserversorgung auszusprechen. Das erhielt starken Applaus. Lucke intervenierte jedoch mit dem bezeichnenden doppelten Argument, einerseits habe er dazu noch keine Auffassung entwickeln können, andererseits solle man keine vorschnellen Forderungen aufstellen, sondern sich auf die wirksamen Bestandteile des existierenden Programmes konzentrieren.

Interessant sind zwei Änderungen, die im Vergleich zu früheren Vorlagen vorgenommen, jedoch nicht ganz stillschweigend hingenommen wurden. So wurde ein früherer Passus, in dem von der „Gängelung“ der Meinungsbildung die Rede war, gestrichen. Lucke begründete dies augenzwinkernd damit, dass man diesen Begriff, der auch in rechten Publikationen verwendet würde, genau deswegen nicht nutzen solle. Was „an der Basis im Gespräch an der Haustür mit dem Nachbarn für Begriffe verwendet würden“, sei „natürlich eine andere Sache.“

Die zweite Änderung betrifft das ursprünglich geforderte grundsätzliche Verbot jeglicher bezahlten Nebentätigkeit von Abgeordneten. Nach Intervention von „Mittelständlern“ habe man, so Lucke, verstanden, dass dies nicht praktikabel sei für einige Unternehmer und Freiberufler. Deshalb fordert das Programm nur noch, „dass Bundestagsabgeordnete ihre volle Arbeitskraft der parlamentarischen Arbeit widmen. Das Mandat darf nicht unter bezahlten Nebentätigkeiten leiden.“

Zur Außenpolitik meinte Lucke, dass hier keinerlei Stellungnahme erfolgen müsse. Man stehe im Zweifel für die Kontinuität in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Entwicklung zu einem Vollprogramm könne etwa zwei Jahre dauern.

Lucke lehnte die Wahl einer Programmkommission ab und dekretierte ein Modell, nach dem jeder Landesverband (und der Bundesvorstand) Programmbeauftragte nominieren sollten, die „Fachpapiere“ zu Einzelfragen erarbeiten sollten. Diese Papiere sollten dann von der Basis ausgehend diskutiert und am Ende auf Bundesebene programmatisch zusammengeführt werden.

⁵ Vgl. Vermerk vom 20.3.

Hintergrund: AfD und „Populismus 2.0“

Die AfD hat aus dem Schicksal einiger populistischer Parteienprojekte in der Geschichte der Bundesrepublik gelernt. Sie scheint über ein einigermaßen durchdachtes Kommunikationskonzept und eine ebensolche Politikstrategie zu verfügen. Diese bestehen u.a. in folgenden Elementen:

- einer betont „sachkompetent“ argumentierenden Führung
- einer „Sammelbeckenstrategie“, die versucht, aus allen politischen Lagern Mitglieder und Stimmen zu gewinnen
- der Leugnung, rechts oder links zu sein (Lucke: „Die AfD kommt aus der Mitte.“)
- der Reklamation, eine Partei „Neuen Typs“ zu sein (Lucke Parteitagsrede: die AfD brauche „keinen ideologischen Wegweiser, wir brauchen nur unseren gesunden Menschenverstand. Demokratie, Transparenz, Sparsamkeit, Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung sind Richtschnur“, „Jeder vernünftige Mensch teilt diese Ziele.“)
- der Bedienung der vorhandenen sogenannten Parteien- und Politikerverdrossenheit (Korruptionsvermutung, Lobbyismus-Vorwurf, „Entfremdung-vom-Volk-Motiv“, „Etablierte, die sich den Staat zur Beute machen“, usw.)
- der eher gemäßigten bzw. dosierten Nutzung populistischer Rhetorik
- und der Entwicklung eines neuen indirekten „Codes“, der sich zwar rhetorisch gegen „Political Correctness“ als Instrument der Tabuisierung und Unterdrückung freier Meinungsäußerung wendet, gleichzeitig aber fein darauf achtet, keine „verfänglichen“ Begriffe zu verwenden,
- der Betonung einer demokratischen Grundhaltung („Wir stehen zum Grundgesetz“, „Wir wollen mehr Demokratie wagen, auch mehr direkte Demokratie“ (Lucke in der Parteitagsrede))
- der historischen Reminiszenz an den „Vormärz“ in Deutschland
- der bewussten Begrenzung auf wenige (aber geschickt kombinierte) Inhalte (das hat auch den Piraten schon genügt, um in Parlamente einzuziehen)
- der Komplexitätsreduktion durch populäre Vereinfachung der Argumentation (vor dem Hintergrund komplizierter, vermeintlich undurchschaubarer Regelungsmaterien)
- der strategischen Aktualisierung des typischen Populismus-Motivs vom „Volkswillen“, der durch „degenerierte“ Politiker und Parteien manipuliert, verraten oder missbraucht wird durch positive Bezugnahme auf massendemokratische Instrumente wie Volksabstimmungen. Kombiniert wird dies mit der Verwendung des Subsidiaritätsprinzips.
- der politischen Flexibilität (wie sie auch die Piraten hatten) einer „neuen“ Bewegung der „Bürger“, die sich z.T. als Opfer der etablierten Parteien bzw. Medien darstellen kann, der man Anfangsfehler verzeihen möge und die sich „für die Entwicklung eines Vollprogrammes noch die nötige Zeit nehmen muss“ (Lucke)
- der Vereinbarung von massiven Widersprüchen bzw. Eklektizismus. Beispiel: Als Anti-Euro-Partei bekennt sich die AfD gleichwohl zur „Tradition“ der großen Staatsmänner Adenauer, Schmidt, Genscher und Kohl (dem Euro-Gründer schlechthin), sowie in der Demokratiefrage zu Willy Brandt („Mehr Demokratie wagen“)
- schließlich der demonstrativen Umdrehung des Populismusvorwurfes (einerseits „Die Wahrheit kann nie populistisch sein“ (Vorstandsmitglied Casale), andererseits: Man solle den Vorwurf des Populismus als „Auszeichnung betrachten“. Denn die Demokratie sei doch eine überaus populistische Veranstaltung, weil sie dem Volk das Wort erteile, so AfD-Sprecher Konrad Adam in seiner Parteitagsrede.

Demoskopie und AfD:

- Die aktuellste Umfrage von YouGov (Link im Anhang) für ZEIT ONLINE meint, die AfD habe ihr größtes Potential bei früheren FDP- und Linkspartei-Wählern. 35 Prozent derjenigen, die bei der Bundestagswahl 2009 die Linkspartei gewählt haben und 33 Prozent derjenigen, die 2009 FDP wählten, könnten sich vorstellen, ihre Stimme der AfD zu geben. Eine Stimme für die AfD zogen hingegen nur 18 Prozent derjenigen in Betracht, die 2009 SPD oder Union gewählt hatten. Von den früheren Grünen-Wählern könnten sich 16 Prozent vorstellen, die AfD zu wählen. Insgesamt sympathisieren 27 Prozent der Deutschen mit der eurokritischen Gruppierung. Sie gaben in der Umfrage an, dass sie sich vorstellen könnten, die neue Partei zu wählen.

Der „Focus“ berichtet (online 10.3.) über eine Emnid-Umfrage, nach der 26 % der Wähler sich vorstellen könnten, eine Partei zu wählen, die einen Euro-Austritt anstrebe. 17 % der Unionswähler, ein Drittel der FDP-Anhänger aber auch 15 Prozent der SPD-Anhänger, 27 % aus dem Grünen Wählersegment und sogar 57 Prozent der Linken könnten sich vorstellen, für eine Partei des Euro-Ausstiegs zu stimmen. Im „Stern“ (14.03.13) erklärt Manfred Güllner von Forsa, dass 23 Prozent der Deutschen sich vorstellen könnten, eine Anti-Euro-Partei zu wählen. Er halte es aber für realistisch, dass die Partei ähnlich bescheiden wie einst die Initiative Pro DM (BTW 1998: 0,9 Prozent) abschneiden werde.

Eine Studie von Infratest für die WamS im April sagt: *„Die Wahl einer solchen eurokritischen Partei können sich 7 Prozent sicher vorstellen, das weitere Potenzial umfasst 17 Prozent. Solche Potenzialabschätzungen können allerdings nicht ohne weiteres in mögliche Anteile für eine Partei hochgerechnet werden – dafür fehlt es der AfD noch an inhaltlichem und personellem Profil. Diese zustimmenden Zahlen geben zunächst einmal die durch die Eurokrise erzeugte Unsicherheit wieder. Die tatsächlichen Wahlchancen der AfD werden sich in erster Linie daran bemessen, inwieweit die Bürger der Regierung bzw. den etablierten Parteien zutrauen die Eurokrise zu bewältigen. (...) Das Wählerpotenzial verteilt sich sehr ungleich über die sozialen Gruppen. Ein deutlich überdurchschnittliches Wählerreservoir ist bei den jungen Wählern unter 30 Jahren (36 Prozent) und mit Hauptschulabschluss (33 Prozent) zu finden. Mit steigendem Einkommen sinkt die Wählergunst, unter Wahlberechtigten mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 1.500 Euro ist fast jeder Dritte (34 Prozent) potenzieller Wähler der AfD.“*

Die Forschungsgruppe Wahlen (16.4.) misst aktuell 17 Prozent Ja-Stimmen auf die Frage „Würden Sie eine Anti-Euro-Partei bei der Bundestagswahl wählen. Zu vermuten (bzw. zu hoffen) ist, dass die AfD Wählerstimmen aus dem bereits mobilisierten Wählerreservoir von Schwarz-Gelb heraus bricht und gleichzeitig bei den noch-nicht-mobilisierten bzw. skeptischen sowie Wechsel- oder Nichtwählern im Oppositionslager punktet (Infratest für WamS: „Am höchsten ist das Potenzial für eine eurokritische Partei bei den Nicht-Wählern bzw. bei den unentschiedenen Wählern, hier liegt es bei 31 Prozent“). Emnid-Chef Klaus-Peter Schöppner sagt zu den Wahlaussichten (Neue Westfälische 16.4.): *„Wenn sie 5 bis 6 Prozent erhielte, kämen 2 bis 3 Prozent aus dem Lager der Nicht- oder Protestwähler und die gleichen Prozentanteile aus dem Lager der anderen Parteien; wobei Union und FDP stärker betroffen wären.“*

Probleme der AfD:

- Der Parteitag wurde zwar diszipliniert und straff „vollstreckt“. Allerdings gab es zum Teil abenteuerliche Abstimmungsprozeduren durch ein zum Teil unfähiges Präsidium und unterbrochen durch selektive Einreden eines Partei-Juristen und vom Vorsitzenden.

Zur Klärung der Frage, wer von den ca. 150 Kandidaturen sich mündlich vorstellen darf, wurde ein Vorwahlverfahren durchgeführt und 25 Personen (unabhängig vom konkreten Wahlamt) ausgewählt. Da nicht alle KandidatInnen auf dem ersten vorliegenden Wahlzettel erfasst waren, wurde auf einem zweiten Zettel ein Zusatzwahlgang zur Auswahl durchgeführt. Die 25 ausgewählten Personen wurden zwar genannt und stellten sich dann, (sofern anwesend) vor, die konkreten Stimmergebnisse der Unterlegenen wurde jedoch nicht erwähnt. Hier ist ggf. von Anfechtungsmöglichkeiten benachteiligter Kandidaten auszugehen.

Ein weiteres Problem ist, dass bei der Wahl der Stellvertreter und Beisitzer außer Alexander Gauland kein Kandidat die einfache Stimmenmehrheit der Delegierten erzielen konnte. Dies wäre dann erklärbar, hätte die AfD, wie in ihrer Satzung zu lesen, das sog. „Schulze“-Verfahren angewendet (wo eine relative Mehrheit erfolgreich sein kann). Dies erfolgte jedoch nicht, sondern eine Listenwahl wie man sie üblicherweise kennt. Eine Intervention von außen in dieser Frage erscheint jedoch nicht sinnvoll. Die juristischen Chancen sind nur dann aussichtsreich, wenn Anfechtungsgründe aus der AfD-Mitgliedschaft vorgetragen werden.⁶

- „Demokratisch“ hat sich die Partei, was Verfahren betrifft, damit keineswegs präsentieren können. Ein weiteres Beispiel ist u.a., dass das Programm bewusst vor der Aussprache verabschiedet wurde – und zusätzlich per Schutzklausel festgelegt wurde, dass spätere etwaige Änderungen einer 75%-Mehrheit des Parteitages bedürfen.
- Bislang sind erst fünf Landesverbände der AfD erfolgreich gegründet (Bayern, Rheinland-Pfalz, HH, Sachsen-Anhalt und NRW). Bis Mai sollen alle Bundesländer gefolgt sein. Hinzu kommen die Sammlung der je 2000 Unterstützer-Unterschriften für den Bundeswahlleiter (eine lösbare Aufgabe) und die Aufstellung der 299 Wahlkreiskandidaten. Bei Landesverbänden und Wahlkreiskandidaturen könnten massive personelle „Entgleisungen“ passieren.
- Die Versuche, die AfD als Türöffner für rechtsextreme Politik zu charakterisieren, mussten bislang mangels ausreichender empirischer Beweise scheitern. Die Analyse der etwa 150 Kandidatenpräsentationen zum Parteitag ergibt, dass neben einigen wenigen „bizarren“ Meinungsbildern bestenfalls eine Handvoll Kandidaten Nähe zu rechten Einstellungen aufweist. Ein einziger gibt an, die „Junge Freiheit“ gerne zu lesen. Für die Masse der Führungspersonen und prominenteren Unterstützer ist der Vorwurf sicher auszuschließen.

Gleichwohl ist aktuell erkennbar, dass die rechtsextremen Organisationen und Organe positiv Bezug nehmen auf die AfD (NPD, Republikaner, Junge Freiheit, rechtsextreme Blogs und twitter-Autoren). Dies geschieht jedoch taktisch aus dem Grund, über die AfD die eigene Akzeptanz zu erhöhen und das alte Ziel einer Zusammenarbeit der Rechten in einer „Bewegung“ zu verfolgen. Eine aktive organisationspolitische Unterwanderung scheint noch nicht versucht worden zu sein.

Die AfD hat sich satzungstechnisch und mit entsprechendem Auftrag an das neu gewählte Partei-Schiedsgericht so aufgestellt, dass diese Versuche aussichtsreich be-

⁶ Dazu liegt ein interner Vermerk von Saskia Freiesleben vor.

kämpft werden können. Ob das in allen zu gründenden Landesverbänden auch gelingt, bleibt offen.

Auswahl: Quellen im Web:

- Wikipedia (guter Überblicks-Beitrag mit weiteren Wiki-Verweisen zu biografischen Angaben): http://de.wikipedia.org/wiki/Alternative_f%C3%BCr_Deutschland
- Facebook-Auftritt: (<https://www.facebook.com/alternatifuer.de>)
- Twitter: Zahlreiche Fundstellen unter dem Hashtag #AFD. Insbesondere auf Twitter laufen „Fake“-Angriffe auf die AfD. So wurde zum Beispiel von einem Konrad-Adam-Fake gefordert, Arbeitslosen solle das Wahlrecht entzogen werden.
- Ein „offenes Forum“ der AfD existiert noch neben einem geschlossenen Mitgliederbereich: www.forum.afd-forum.de
- YouGov-Umfrage: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-04/afd-eurokritiker-waehler-partei-umfrage-yougov>
- Zur schwachen Rolle der Frauen in der AfD ein Interview mit dem Parteienforscher Carsten Koschmieder <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/2075468/>
- Zu Problemen, Landesverbände zu gründen: <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Anti-Euro-Partei-stellt-sich-in-Suedstadt-vor>
- Anne Will-Sendung zur Zypern-Krise u.a. mit Bernd Lucke: <http://www.youtube.com/watch?v=6-NutwkhGS4>